

Liebe Freunde der Freien Wähler in der Region Stuttgart,

Regionalpolitik ist Kommunalpolitik und nahe an den Menschen. Dies wird in dieser Zeit wieder einmal besonders deutlich. Wohnraumknappheit angesichts des Siedlungsdrucks in der Folge von Zuwanderung, kein Ende mit den Staus auf unseren Straßen, überfüllte Züge und Verspätungen bei der S-Bahn und bessere Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Wirtschaft. Für uns Freie Wähler sind das tägliche Herausforderungen, denen wir in unseren Fraktionen auf Gemeinde-, Kreis- und regionaler Ebene begegnen. Von der Ortsebene erhalten wir auch immer wieder Rückmeldungen und Impulse für unsere Arbeit im Verband Region Stuttgart.

Mit diesem Newsletter wollen wir Sie über einige unserer Aktivitäten informieren und aktuelle Themen aufgreifen. Danke für Ihr Interesse und Ihr Engagement vor Ort.

*Ihre Regionalfraktion*

*Andreas Hesky, Peter Aichinger, Thomas Bernlöhr, Frank Buß, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Bernhard Maier, Gerd Maisch, Reiner Ruf, Thomas Sprößler, Werner Stöckle, Wilfried Wallbrecht, Johannes Züfle*

## Rückblick auf die Etatberatungen 2016



**Fraktionsvorsitzender Andreas Hesky**

Die Wohnungsnot ist die große Herausforderung. Dabei ist es nicht nur für Flüchtlinge, sondern für viele Menschen ein Problem, in unserer Region eine passende Wohnung zu finden.

Wir Freien Wähler fordern seit Jahren, den Kommunen mehr Spielräume bei der Ausweisung von neuen Baugebieten zu geben, und zwar allen Kommunen, nicht nur denen, die an Entwicklungsachsen liegen. Wir wollen an der Nachverdichtung festhalten, aber die Region muss sich bewegen und dort Wohnungen zulassen, wo sie gebraucht werden. Leider ist das nicht dort, wo unser Regionalplan heute neuen Wohnungsbau vorsieht und erlaubt.

Die Chancen der IBA 2017 wollen wir nutzen. Es ist zu überlegen, ob auch einzelne Kommunen in der Metropolregion, die ihr regionales Verständnis durch die Mitgliedschaft im Regio

Marketing und Tourismus e.V. oder in der Kultur- und Sportregion zeigen, einzubeziehen sind.

Die Remstalgartenschau 2019 wollen wir zu einem regionalen Zugpferd entwickeln helfen. Aus dem Landschaftspark zur Gartenschau ist eine Veredelung der vielen Bemühungen, unsere schöne Region erlebbar zu machen.

Mit dem regionalen Jugendforum ist ein Anfang gemacht. Es soll keine Einmalaktion bleiben, sondern fortgesetzt werden. Allerdings mit weniger Aufwand und noch mehr Ertrag. Interessant ist, dass Jugendliche nicht nur nach dem WLAN in der S-Bahn fragen, sondern auch den Wunsch haben, auf dem Land zu leben.

Um unsere Region attraktiv zu halten, müssen wir bei aller Präferenz für den ÖPNV die Beseitigung von Engstellen im Straßenbereich im Auge behalten, dazu gehört auch die Schaffung einer Filderauffahrt und einer Nord-Ost Tangente. Deshalb muss der Regionalverkehrsplan zu einem Pflichtenheft werden.

Unser Ziel, der Region mehr Kontur zu geben, sehen wir mit dem Haushaltsplan 2016 erreicht.

## Wohnungsknappheit - die Region löst die Bremse nicht

*Freie Wähler: Regionalplan geht an der Wirklichkeit vorbei – Versäumnisse der Vergangenheit werden spürbar*

**Wohnraum in der Region Stuttgart ist knapp und teuer, vor allem im Zentrum der Region! Bis 2030 soll die Bevölkerung ausgehend vom Jahr 2012 um 85.000 Einwohner wachsen auf 2,732 Millionen, jedenfalls nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes. Nach der jüngsten Vorausschätzung von dieser Woche sollen bis 2030 sogar weitere 94.000 Personen dazukommen. Und was macht der Verband Region Stuttgart? Er verweist darauf, dass im Regionalplan rd. 2350 ha Wohnbauflächen für etwa 190 000 Menschen ausgewiesen sind. Chefplaner Thomas Kiwitt erkennt zwar den Bedarf, den man jahrelang negiert hat, glaubt aber, dass die Flächenreserven ausreichen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus - die Tatsache, dass tatsächlich eine erhebliche Wohnungsknappheit herrscht, vor allem für preisgünstige Mietwohnungen, beweist, dass der Verband an der Wirklichkeit vorbeiplant.**

Es sind allein die Städte und Gemeinden, die Bauland ausweisen und erschließen und die zu uns ziehenden Menschen stimmen mit den Füßen ab. Wir leben in keiner Planwirtschaft, es ist die Standortqualität einer Kommune auf den Feldern Arbeiten, Freizeit und Bildung, nach denen sich die wohnungssuchenden Familien richten. Zuzustimmen ist dem Verband, wenn er betont, dass mit Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese das Problem nicht zu lösen ist. Wir Freien Wähler

sehen es aber als einen grundsätzlichen Strategiefehler an, die Gemeinden außerhalb der Siedlungsschwerpunkte und Entwicklungsachsen weitgehend außen vor zu lassen. Auch diese Kommunen werden derzeit und mit großer Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren bei der Wohnraumversorgung für einkommensschwache Familien und der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen gefordert sein. Im Gegenteil, die notwendige Integration gelingt in kleineren Gemeinden besser.

Ein Rechenbeispiel soll die Zwangslage verdeutlichen, in der sich die Gemeinden gegenwärtig befinden. Eine Kommune mit 5000 Einwohnern muss allein aufgrund der Flüchtlingszuweisung in diesem Jahr in der Anschlussunterbringung mindestens 200 Einwohner versorgen. Der mögliche Familiennachzug ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Der Eigenbedarf aus der örtlichen Entwicklung kommt noch hinzu. Ihre Wachstumsmöglichkeit (Ausweisung von zusätzlichem Bauland) beträgt jährlich 0,2 %, an den Entwicklungsachsen 0,3 %. In 5 Jahren (!) wären dies 1 bzw. 1,5 %, in Einwohnern gerechnet 50 – 75. Eine solche Rechnung kann nicht aufgehen. Weil diese Zahlen seit Jahren Anwendung finden, ist der auf dem Wohnungsmarkt heftig spürbare Engpass entstanden. Diese Fehleinschätzung rächt sich jetzt.

Eine weitere Erkenntnis der letzten Jahre ist die Tatsache, dass gerade in den Zentren und an den Entwicklungsachsen die Bereitschaft der Kommunen abnimmt, Bauland zu erschließen. Zu groß sind häufig die Widerstände in der Öffentlichkeit oder die

mangelnde Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer.

### Alle Gemeinden ins Boot holen

Statt jetzt alle Gemeinden ins Boot zu holen und sie aufzufordern, mit konkreten Lösungsvorschlägen auf den Verband zuzugehen, soll jetzt eine zeitraubende Suche nach den Hindernissen beginnen. Es wird verkannt, wie sehr es den Kommunen auf den Nägeln brennt. Planungsdiktate helfen nicht, es braucht Freiraum für kommunale Eigeninitiativen. Dabei müssen keineswegs wichtige Planungsgrundsätze, wie Schonung der Landschaft, Verkehrsgunst oder Verdichtung, völlig über Bord geworfen werden.

Der Sprecher der Freien Wähler im Planungsausschuss, Bürgermeister Wilfried Wallbrecht, spricht aus seiner kommunalen Praxis, wenn er betont, dass die gegenwärtigen Ziele der Regionalplanung (ein Mehr an Bauland von 0,2 bzw. 0,3 % pro Jahr) in den Städten und Gemeinden sogar zu Einwohnerverlusten führen. Von einer Bedarfsdeckung sei man weit entfernt. Hinzu komme, dass die Wohnfläche pro Kopf weiterhin zunehme. „Wo sollen da die Wohnungen für Neubürger herkommen?“ Regionalrat Bürgermeister Wilfried Dölker aus Holzgerlingen ergänzt: „Man darf die Siedlungsentwicklung nicht allein an der Verkehrslage ausrichten. Es geht auch um die Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen, die man nicht ausbluten lassen darf.“

Das Fazit von Regionalrat Wilfried Wallbrecht: Mit der Zuwanderung der Flüchtlinge in diesem Jahr beginnt „eine neue Zeitrechnung“. Die Struktur

des Regionalplans stimmt, die Messlatte allerdings nicht mehr.

Die Fraktion Freie Wähler fordert den Verband auf, den Schulterchluss mit allen Städten und Gemeinden zu suchen. Sonst ist die Herkulesaufgabe einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung nicht zu bewältigen.

## Umweltauswirkungen eines Nordoststrings um Stuttgart

*Freie Wähler stellen Dringlichkeitsantrag zum Nordoststring – Region muss mehr Druck machen*



Bernhard Maier – verkehrspolitischer Sprecher der Regionalfraktion

Das Thema ist seit Jahren in der Diskussion und immer wieder aktuell. Die Umweltbelastungen im Stuttgarter Kessel lassen sich nach Auffassung der Regionalfraktion Freie Wähler ohne eine wirksame Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf einen Nordoststring nicht entscheidend verringern. Das dieser Tage verhängte "Fahrverbot" müsste jetzt auch diejenigen alarmieren, die vor der Realität die Augen verschließen. Grüne und SPD, die ständig das Thema "Umwelt" vor sich hertra-

**gen, sollten auf Augenwischerei verzichten und konkrete Maßnahmen in Angriff nehmen. Dies gilt sowohl für die Fraktionen in der Landespolitik als auch im Regionalverband.**

Um Bewegung in die Diskussionen zum Regionalverkehrsplan zu bringen, hat die Fraktion Freie Wähler den folgenden Dringlichkeitsantrag zur Beratung im Verkehrsausschuss eingereicht:

### Umweltauswirkungen eines Nordoststrings

Die Geschäftsstelle wird beauftragt bis zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 3. Februar 2016 darzustellen, wie sich das Feinstaub- und Stickoxydaufkommen im Kern der Landeshauptstadt beim Vorhandensein eines leistungsfähigen Nord-Ost-Rings verringert.

Ferner bitten wir, die Auswirkungen eines im Zuge der Feinstaubdebatte geplanten LKW-Fahrverbotes in Neckarremms (ohne Nord-Ost-Tangente) darzustellen und aufzuzeigen, ob dieses mögliche Fahrverbot nicht erforderlich wäre, wenn es einen Nord-Ost-Ring gäbe.

### Begründung:

In der Vorlage des VA 096/16 wird unter f) „Maßnahmen zur Luftreinhaltung“ eindrucksvoll beschrieben, wie wichtige Verkehrsströme des Umlandes (Durchreiseverkehr) die Umweltprobleme im Kern der Landeshauptstadt verursachen. In den Untersuchungen zum Regionalverkehrsplan sind die Entlastungen des Kerns beim Vorhandensein einer leistungsfähigen Nord-

ostumfahrung einschließlich einer Fil-derauffahrt dargestellt. Daraus lassen sich auch die Entlastungswirkungen für Feinstaub und Stickoxyde quantifizieren. Dieselbe Situation zeichnet sich auch in Remseck-Neckarremms durch das Fehlen einer leistungsfähigen Tangente im Nordosten der Region ab.

Gerade in der derzeitigen Debatte um den Feinstaubalarm spielen diese Fakten eine wichtige Rolle.

Andreas Hesky  
Bernhard Maier

## Aus den Landkreisen der Region

### Kreiskonferenz der Freien Wähler im Landkreis Esslingen

Unter dem Motto „Prüfsteine zur Landtagswahl“ laden die Freien Wähler am 7.3.2016 zu ihrer Kreiskonferenz nach Kirchheim (Teck) ein. In einer Podiumsdiskussion stellen sich die Kandidaten zur Landtagswahl

**Andreas Kenner (SPD)**  
**Ulrich Kuhn (FDP)**  
**Andreas Schwarz (Grüne)**  
**Karl Zimmermann (CDU)**

nach ihren Eingangsstatements den Fragen des Publikums.

Näheres unter: [www.esslingen.freie-waehler.de](http://www.esslingen.freie-waehler.de)

## Kreiskonferenz der Freien Wähler im Landkreis Böblingen

Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren, zur Kreiskonferenz der Freien Wähler im Landkreis Böblingen laden wir Sie herzlich ein.

**Kreiskonferenz**  
**am Donnerstag, 07. April 2016**  
**um 19.00 Uhr im Hotel-Restaurant**  
**Hirsch,**  
**Hindenburgstraße 1, in**  
**71229 Leonberg-Eltigen**

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus den Ortsvereinen der Freien Wähler im Landkreis Böblingen, der Kandidaten für Kreistags- und Gemeinderatswahlen und weiterer Interessierter.

### Tagesordnung

Impulsreferate aus Kreis und Region

#### „Herausforderungen in der Kreispolitik: Krankenhäuser, Abfallwirtschaft, Flüchtlinge, Nahverkehr und Straßenbau“

Wilfried Dölker, Bürgermeister, Fraktionsvorsitzender im Kreistag Böblingen und Regionalrat

#### „Die Region Stuttgart - Regionalverkehrsplan, Nordosttring, Westanschluss Leonberg und Schienenverkehr“

Bernhard Maier, Landrat a.D., Regionalrat, verkehrspolitischer Sprecher der Regionalfraktion

**Die Freien Wähler im Land**  
**Aktuelles aus dem Landesverband**  
Wolfgang Faißt, Bürgermeister, Vorsitzender Landesverband und Kreisverein Freie Wähler

[Hier finden Sie die Einladung](#)

## Stadtbahnverlängerung im Landkreis Ludwigsburg

Die Kreistagsfraktion Freie Wähler im Landkreis Ludwigsburg schreibt an Landrat Dr. Rainer Haas  
Oberbürgermeister Werner Spec  
und  
SSB-Vorstandssprecher  
Wolfgang Arnold

Sehr geehrte Herren!  
Wir Freien Wähler im Kreistag des Landkreises Ludwigsburg und in den Gemeinderäten der Städte Ludwigsburg, Remseck am Neckar und Markgröningen sowie der Gemeinde Möglingen haben die letzten Wochen und Monate zu intensiven internen Diskussionen über die Pläne einer Stadtbahnverlängerung genutzt.

Wir haben uns zwischenzeitlich darauf verständigt, das Projekt mit großen Mehrheiten innerhalb unserer Fraktionen zu unterstützen. Wir gehen dabei von der Variante 3, also der Verlängerung der SSB-Linie als Hochflurssystem von Remseck-Aldingen über Pattonville zum ZOB in Ludwigsburg und – nach Unterbrechung der Linie am Ludwigsburger Bahnhof – Weiterführung über Möglingen nach Markgröningen (Festplatz) aus.

Selbstverständlich ist für uns auch, dass die jetzt bevorstehende Zustimmung zum Zuschussantrag noch kein abschließendes „Ja“ zum Bau bedeutet, da bekanntlich eine Reihe begleitender Fragen (Finanzierung, Straßenführung, Prüfung weiterer Systeme) noch geklärt werden müssen. Da wir unterstellen, dass in den Gemeinderäten der beteiligten Kommunen, so wie im Kreistag bereits geschehen, in den vor uns liegenden Wochen positive Beschlüsse in diese Richtung gefasst werden, schlagen wir vor und bitten Sie gleichzeitig, eine größere Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit zu diesem für den Landkreis und die Kommunen wichtigen Projekt zu planen. Wir könnten uns das „Forum“ in Ludwigsburg sehr gut als Ort einer solchen Präsentation vorstellen und meinen, dass Ende März/Anfang April 2016 ein passender Zeitpunkt dafür sein könnte.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anregung aufgreifen und damit in der Öffentlichkeitsarbeit zum Stadtbahnprojekt eine wichtige Wegmarke setzen würden.

V.i.S.d.P.  
Alfred Bachofer  
Paul-Gerhardt-Straße 31  
72622 Nürtingen  
07022 470 909  
alfred@bachoferonline.de